

## V-1 Fördermittel für politische Bildung und Demokratieförderung ausbauen!

Gremium: 2. Länderrat 2023  
Beschlussdatum: 17.12.2023  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Die Anzahl von rechtsextremen Vorfällen hat im letzten Jahr einen neuen und  
2 beunruhigenden Rekord erreicht. Auch die politisch motivierten rechtsextremen  
3 Straftaten, Angriffe auf religiöse Einrichtungen sowie Queer- und  
4 Frauenfeindlichkeit nehmen zu. Deutschlandweit sind antidemokratische,  
5 fremdenfeindliche und diskriminierende Strömungen sowie eine gesellschaftliche  
6 Verrohung auf der Tagesordnung. Auch sehen wir ein stetig abnehmendes Vertrauen  
7 in die Politik und eine desaströse Wahlbeteiligung. Es gibt immer weniger  
8 Bedenken, offen rechte Meinungen in die Gesellschaft zu bringen, was mit einer  
9 Renaissance der Rechten einhergeht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dem Einhalt zu  
10 gebieten. Das erreichen wir im Kampf für eine soziale Politik und auch dadurch,  
11 dass wir uns laut gegen Hass, Hetze und Gewalt positionieren.

12 Die Situation in Deutschland ist ernst. Um den rechten und autoritären  
13 Strömungen, jeder Form von Diskriminierung sowie der Politikverdrossenheit etwas  
14 entgegen zu setzen, ist es jetzt notwendig, **neben dem Kampf für eine wirklich**  
15 **soziale Politik, auch** Programme zur politischen Bildung und Demokratieförderung  
16 auszubauen und besser, dauerhaft und verlässlich zu finanzieren.

17 Die rücksichtslose Kürzungspolitik der Ampelregierung stellt eine echte Gefahr  
18 für uns alle dar und wirkt sich auch auf die Demokratieförderung und politische  
19 Bildung aus. Im kommenden Bundeshaushalt wurden die Mittel für politische  
20 Bildung und Demokratieförderung nach den anfänglich geplanten Kürzungen nun beim  
21 Wert vom Vorjahr belassen. Mit der aktuellen Inflation wären gleichbleibende  
22 finanzielle Mittel eine reelle Kürzung. Somit wird ein einfaches „Weiter so“ dem  
23 Ernst der Lage also nicht länger gerecht.

24  
25 Für viele Beratungsstellen, politische Bildungseinrichtungen und  
26 zivilgesellschaftliche Projekte bedeuten Kürzungen das Aus. Gerade in  
27 Ostdeutschland, wo ehrenamtliches Engagement nicht so tief verankert ist, stellt  
28 das unsere Gesellschaft vor existenzielle Herausforderungen. Die Menschen, die  
29 sich vor Ort gegen erstarkende extremistische Kräfte einsetzen, dürfen hier  
30 nicht im Stich gelassen werden.

31 Neben den Erhöhungen müssen die Mittel schnell zur Verfügung gestellt werden und  
32 leicht für die Verbände und Organisationen abrufbar sein. Unnötige Hürden und  
33 Verzögerungen bei der Auszahlung sind inakzeptabel, behindern die Arbeit der  
34 Organisationen **und gefährden Arbeitsplätze von Beschäftigten in diesen**  
35 **Bereichen**. Mit Hilfe dieser Angebote kann man rechtes Gedankengut und  
36 antidemokratische Ansichten bereits an der Wurzel bekämpfen.

37  
38 Es braucht jetzt Planungssicherheit und klare Zusagen, damit die  
39 Zahlungsfähigkeit der Träger ab Januar sicher gestellt wird und die Arbeit im  
40 ersten Schritt überhaupt fortgeführt werden kann. **Soziale Politik erkämpfen und**  
41 **politische Bildung ermöglichen - und zwar jetzt!**